

Stellungnahme zu den Wirkungen von Hartz IV

(erscheint in überarbeiteter Fassung: Dörre, Klaus (2011): Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern der jüngsten Arbeitsmarktreformenten. In: Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände, Band 9, S. 318-329.

Von Klaus Dörre¹

Anlässlich des fünften Jahrestages der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, besser bekannt als Hartz-Reformen, fehlte es nicht an öffentlichem Selbstlob. Die Arbeitsmarktreformenten hätten, so der Tenor zahlreicher Verlautbarungen, Verkrustungen am deutschen Arbeitsmarkt aufgebrochen und eine Trendwende bei der Arbeitslosigkeit eingeleitet. Und in der Tat, die Arbeitsmarktdaten scheinen den Reformern Recht zu geben. Trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit 1945 sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen nicht signifikant gestiegen. Seit die Konjunktur anzieht, sinken sie wieder. Schon ist von einem deutschen Beschäftigungswunder, ja von Aussicht auf Vollbeschäftigung die Rede. Verkörpern die Hartz-Reformen also doch eine Erfolgsstory? Auch wenn es manchen überraschen mag, lautet meine Antwort: ‚Ja‘! Besser: Ich meine, dass das neue Arbeitsmarktregime erfolgreich gescheitert ist. War es das Ziel der Hartz-Reformen, dem „sozialen Kapitalismus“² den Gar aus zu machen, so ist das in der Tat gelungen. Was lange Zeit eher als gradueller Wandel und notwendige Anpassung an die Zwänge intensivierter Globalisierung galt, entpuppt sich in der Rückschau als eine qualitative Transformation des „German Capitalism“.³ Wenngleich nur ein Teil des Puzzles, das in der Gänze ein neues Bild ergibt, haben die Arbeitsmarktreformenten doch maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Wie lässt sich diese Auffassung begründen?

Blicken wir noch einmal auf den ursprünglichen Begründungskontext der Hartz-Reformen zurück. Die Tatsache vor Augen, dass sich die Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit mit jedem Konjunkturzyklus verdoppelte, beschloss die damalige rot-grüne Bundesregierung in ihrer zweiten Legislaturperiode einen Paradigmenwechsel

in der Arbeitsmarktpolitik. Eine Kombination aus fördernden Dienstleistungen und fordernden Zumutbarkeitsregeln sollte dafür sorgen, Matching-Probleme am Arbeitsmarkt (Disproportionen von Arbeitskräftenachfrage und –angebot) effizienter zu bearbeiten. Innovativ erschien dieses Konzept vor allem, weil es zuvor getrennte Sicherungssysteme (Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe) zu integrieren beabsichtigte. Davon sollten nicht zuletzt gering Qualifizierte und langjährige Sozialhilfebezieher profitieren. War ursprünglich eine Angleichung der Systeme auf Basis der früheren Arbeitslosenhilfe angedacht, so erfolgte real allerdings ein Zurückstutzen der Ansprüche Langzeitarbeitsloser auf Sozialhilfeniveau. Auch wegen der erklärten Absicht, Kosten zu sparen, wollten die Reformierer den Arbeitslosenstatus möglichst „ungemütlich“ gestalten. Getreu dem marktradikalen Credo sollte der Reservationslohn gesenkt und so die individuelle Bereitschaft zu einer Arbeitsaufnahme erhöht werden.

Leitbild der Reformen ist dementsprechend bis heute der unternehmerische Arbeitslose, ein ökonomischen Nutzen maximierender Automat, der als „Kunde“ einer gleichzeitig fordernden und fördernden Arbeitsverwaltung unablässig und eigenverantwortlich an der Inwertsetzung seines Arbeitsvermögens zu arbeiten hat. Getreu dem Grundsatz, wonach (nahezu) jede Arbeit besser ist als keine, zielt Hartz IV auf die möglichst umfassende Internalisierung eines allgemeinen Arbeitszwangs. Auch und gerade in einer Phase der Erwerbslosigkeit soll die individuelle Lebenstätigkeit schwerpunktmäßig auf eine Reintegration in reguläre Arbeit gerichtet werden. Nicht die Bearbeitung eines strukturellen Problems, sondern die Veränderung des individuellen Verhaltens erscheint als Königsweg, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das eigenverantwortliche Handeln von Arbeitslosen soll durch einen institutionellen Rahmen gestärkt werden, der nicht mehr den – oftmals hart erarbeiteten – gesellschaftlichen Status sichert, sondern lediglich Chancen zu individueller Problembewältigung bietet.

Schon beim Übergang von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik operierten die Reformierer freilich mit einigen Unbekannten. Von den Hartz-Gesetzen erwarteten

te die Öffentlichkeit „letztlich einen Rückgang der Arbeitslosigkeit“.⁴ Zugleich lag jedoch auf der Hand, dass eine „bessere Betreuung von Arbeitslosen, ein zielgenauerer Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, höherer Mobilitätsdruck und effizientere Vermittlung“ die Arbeitslosigkeit nur verringern konnte, wenn „sofort besetzbare Stellen in nennenswertem Umfang vorhanden sind“⁵. Während der Implementationsphase war das in vielen Regionen jedoch nicht der Fall. Einschließlich der stillen Reserve lag die Zahl der Erwerbslosen 2004 im Jahresdurchschnitt bei ca. 6,3 Mio. In strukturschwachen Regionen erreichte die Unterbeschäftigung noch weitaus größere Dimensionen.⁶ Allein in Ostdeutschland fehlten ca. 1,9 Mio. Arbeitsplätze.⁷

Dies vor Augen, zielten die Reformen von Beginn an nicht allein auf Langzeitarbeitslose und Sozialhilfebezieher. Es ging um eine tiefgreifende Deregulierung des Arbeitsmarktes und damit zugleich um einen Umbau der Gesellschaft. Dementsprechend ist Hartz IV mit seinen niedrigen Eckregelsätzen von gegenwärtig 359 Euro plus Mietpauschale nur das Synonym für ein Bündel an Maßnahmen, die – wenn gleich ohne großen Masterplan – in der Konsequenz auf eine qualitative Veränderung der Arbeitsgesellschaft hinaus laufen. Vermeintlich zwischen der Scylla Hochlohnbeschäftigung und der Charybdis Langzeitarbeitslosigkeit gefangen, sollte ein expandierender Niedriglohnsektor auch den sogenannten Problemgruppen (Geringqualifizierte, Personen mit „Vermittlungshemmnissen“) am Arbeitsmarkt neue Chancen bieten. Diese Zielsetzung vor Augen wird deutlich, was es mit dem erfolgreichen Scheitern der Arbeitsmarktreformen auf sich hat. In keinem anderen europäischen Land expandierte der Niedriglohnsektor während der zurückliegenden Dekade stärker als in Deutschland, doch der Preis, den die Gesellschaft dafür zu zahlen hat, ist hoch. Das wird sichtbar, wenn man die Reformergebnisse in ihrer Vielschichtigkeit betrachtet.

Fakt ist, dass die *Arbeitslosigkeit* seit der konjunkturellen Belebung, die auf den tiefen weltwirtschaftlichen Einbruch 2008/09 folgt, wieder sinkt. Hatte die Zahl der Arbeitslosen 2005 zeitweilig die Fünf-Millionen-Grenzen überschritten, wurden im Juli 2010 in Deutschland noch rund 3,2 Mio. Arbeitslose registriert. Lag die Quote

2005 im Jahresdurchschnitt bei 11,7 %, so ist sie 2009 auf durchschnittlich 8,2 % und im Juli 2010 auf 7,0 % abgesunken. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist deutlich zurückgegangen. Von den ca. 3,2 Mio. Arbeitslosen waren im Juli 2010 947.000 (32 %) langzeitarbeitslos (länger als ein Jahr), knapp die Hälfte (440.000) von ihnen war mehr als 24 Monate ohne Erwerbsarbeit. 2005 hatte die Zahl der Langzeitarbeitslosen noch über 1.8 Mio. gelegen..

Diese beeindruckenden Zahlen wirken allerdings weniger glanzvoll, wenn man bedenkt, wie sie zustande kommen. Zu einem guten Teil sind sie schlicht das Ergebnis einer statistischen Bereinigung. Als arbeitslos werden nur solche Personen registriert, die dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Maßnahmeabsolventen, Ein-Euro-Jobber und temporär erwerbsunfähige Personen tauchen in der Statistik nicht mehr auf. Mit gezählt werden diese Gruppen bei der offiziell registrierten Unterbeschäftigung, die – auch ohne Berücksichtigung der Kurzarbeit – in den letzten Jahren kaum gesunken ist (von mehr als 4,9 Mio. 2007 auf gut 4,7 Mio. im März 2010). Rechnet man die stille Reserve arbeitswilliger aber nicht anspruchsberechtigter Personen hinzu, so muss „eher von fünf als von drei Millionen Arbeitslosen die Rede sein“.⁸

Das „deutsche Beschäftigungswunder“ verliert weiter an Glanz, wenn man bedenkt, dass es auf der Nutzung eines altbekannten Instruments aus der Ära der aktiven (nicht der aktivierenden!) Arbeitsmarktpolitik beruht – der staatlich geförderten Kurzarbeit. Nur mit Hilfe dieses Instruments konnte ein tiefer Beschäftigungseinbruch während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 verhindert werden. Obwohl die Zahl der Kurzarbeiter im Zuge der konjunkturellen Belebung sinkt, waren im Juli 2010 noch immer eine halbe Million Beschäftigte betroffen. Noch gravierender ist, dass die Annäherung an die Rekorderwerbstätigkeit in erster Linie auf der Expansion unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beruht. Sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse (Zeitarbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung), die in wichtigen Branchen allerdings bereits die Regel sind, haben stark zugenommen. 2008 gab es bei 34,7 Mio. Erwerbstätigen immerhin 7,7 Mio. atypisch Beschäftigte sowie 2,1 Mio. Solo-Selbständige.⁹ Binnen zehn Jah-

ren ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 46,2 % (bei den geringfügig Beschäftigten eine Steigerung um 71,5 %) und die der Solo-Selbständigen um 27,8 % gestiegen. Demgegenüber haben die Normalarbeitsverhältnisse um 3 % abgenommen.¹⁰ Zwar gilt, dass nicht jede atypisch Beschäftigung prekär sein muss; im Durchschnitt sind nicht-standardisierte Arbeitsverhältnisse jedoch mit deutlich niedrigeren Einkommen sowie höheren Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken verbunden.

Dazu passt, dass inzwischen ca. 23 % der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, d. h. sie verdienen weniger als zwei Drittel des Medianlohns. Insgesamt 42,6 % der Niedriglohnbezieher arbeiten in einem Normalarbeitsverhältnis (sozialversicherungspflichtig, über 20 Wochenstunden). Die höchsten Anteile weisen Frauen und gering Qualifizierte auf. Doch rund drei Viertel aller Niedriglohnbezieher verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar über einen akademischen Abschluss. Trotz solcher Qualifikationen zeichnet sich der deutsche Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich durch eine geringe Aufwärtsmobilität und eine enorme Lohnspreizung aus.¹¹ In Extremfällen sind die Stundenlöhne auf 1,50 bis 2 Euro (Toilettenfrauen an Autobahnen, Stuhlmieter im Friseurgewerbe) gesunken.

Letzteres erklärt, weshalb die Bedarfsgemeinschaften und die Bezieher von Arbeitslosengeld II trotz reduzierter Arbeitslosigkeit kaum weniger werden. Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) ist zwischen 2005 und 2009 von ursprünglich 4.981 Mio. nur leicht auf 4.907 Mio. Personen zurückgegangen. Zugleich sind immer mehr Beschäftigte auf zusätzliche Transfers angewiesen. Im März 2010 verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit (BA) insgesamt 1.359 Mio. Erwerbstätige mit zusätzlichem Leistungsbezug aus dem ALG II., von ihnen waren 339.000 Vollzeit-erwerbstätige. 2005 hatte es im Jahresdurchschnitt ca. 880.000 dieser sogenannten „Aufstocker“¹² gegeben. Seither wächst deren Zahl beständig. Allein seit 2009 lässt sich eine Zunahme um 5 % (71.000) verzeichnen Würden alle Berechtigten tatsächlich ALG-II-Leistungen in Anspruch nehmen, läge die Zahl der „Aufstocker“ nach Schätzungen noch einmal um ca. zwei Mio. Personen höher.¹³

Solche Daten verweisen auf tiefe Spaltungen am Arbeitsmarkt, die für Deutschland neu sind. Im Grunde hat sich die Realentwicklung jenem „Zonenmodell“ angenähert, das Robert Castel zu Beginn des Jahrzehnts im Sinne einer Arbeitshypothese skizziert hatte.¹⁴ Faktisch will das neue Arbeitsmarktregime eine vollständige Entkopplung von regulärer Erwerbsarbeit „bekämpfen“, indem es die Zone der Verwundbarkeit mit ungeschützter, prekärer Beschäftigung ausweitet. Die Lohnentwicklung signalisiert, dass die Aufspaltung in Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus mit einem dramatischen Machtgefälle am Arbeitsmarkt einhergeht. Während das unterste Viertel der Lohnbezieher innerhalb von 10 Jahren (1997-2007) Reallohneinbußen von 14 % zu verzeichnen hatte, konnten Lohnabhängige in noch halbwegs geschützter Beschäftigung ihren Lebensstandard halten oder ihre Einbußen zumindest begrenzen.¹⁵ Solche Daten illustrieren, dass das – sicher immer schon idealisierte – Modell diversifizierter Qualitätsproduktion, welches qualifizierten Beschäftigten für einige Jahrzehnte vergleichsweise hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze garantierte, Geschichte ist. In dem prekären Sektor, der sich nun herausgebildet hat, wird der Preis der Arbeitskraft systematisch unter ihren Wert gedrückt, so dass der Staat großzügig Beschäftigungsverhältnisse subventionieren muss, deren Entlohnung die Arbeitenden nicht mehr ernährt. 50 Mrd. Steuergelder sind auf diese Weise während der letzten Jahre in den Niedriglohnsektor geflossen. Das entspricht in etwa der Summe, die nunmehr überwiegend zu Lasten der sozial Schwächsten in den öffentlichen Haushalten eingespart werden soll.¹⁶

Natürlich wäre es falsch, die Prekarisierung der Arbeitswelt ausschließlich auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen. Jene finanzkapitalistische Landnahme, die auf die historisch kurze Phase eines nationalen „Kapitalismus ohne Reservearmee“¹⁷ folgte, besitzt zahlreiche Triebkräfte.¹⁸ Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik diesen Prozess nicht nur beschleunigt, sondern ihn auch in eine bestimmte Richtung gelenkt hat. Das freilich nicht, weil Hartz IV die Erwerbsorientierungen Langzeitarbeitsloser entscheidend verändert hätte. Wie unsere Langzeituntersuchung von ALG-II-Beziehern belegt, handelt es sich bei der

Figur des passiven Leistungsempfängers, der sich – der Arbeit entwöhnt – vom Leistungsethos und dem Aufstiegswillen der Mittelklassen verabschiedet hat, um ein ideologisches Zerrbild, dessen mediale Inszenierung die Arbeitslosen zusätzlich diskriminiert. So ist die Mehrzahl der von uns Befragten den Typen der „Um-Jeden-Preis-Arbeiter“ oder der „Als-ob-Arbeiter“ zuzurechnen. Für beide Typen gilt, dass die Orientierung an einer regulären Erwerbsarbeit subjektiv nichts an Relevanz eingebüßt hat. Bei den „Als-ob-Arbeitern“ wird die Spannung zwischen der normativen Orientierung und den realen Erwerbschancen jedoch mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit immer größer, weshalb Alternativtätigkeiten so umgedeutet werden, als handele es sich um bezahlte Arbeit. Lediglich die kleine Minderheit bewusster „Nichtarbeiter“ vollzieht auch subjektiv den Abschied von der Erwerbsarbeitsnorm.

Doch für alle Grundtypen gilt, dass strenge Zumutbarkeitsregeln die Erwerbsorientierungen keineswegs im Sinne der postulierten Reformziele beeinflussen. Die Große Mehrzahl der ALG-II-Bezieher ist aus eigenem Antrieb aktiv. Immer wieder treffen wir auf „arbeitende Arbeitslose“, die mit Gelegenheitsjobs, Maßnahmen, Bürger-, Familien- und Eigenarbeit weitgehend ausgelastet sind. Selbst die heterogene Gruppe der „Nichtarbeiter“ ist alles andere als passiv. Und sie ist durchaus in der Lage, das Regime strenger Zumutbarkeit mittels informeller Praktiken und Schattenarbeit zu unterlaufen.¹⁹

Dass Hartz IV dennoch wirkt, hat einen anderen Grund. Offenbar ist „die Beschäftigungsschwelle... dank der Arbeitsmarktreformen der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung gesunken“, heißt es in der FAZ. Der Artikel verschweigt jedoch, was sich hinter solchen Formulierungen real verbirgt. Hartz IV hat einen gesellschaftlichen Status unterhalb einer Schwelle der Respektabilität geschaffen. Das nicht nur, weil die Regelsätze für die Leistungsbezieher zumindest relative Armut bedeuten. „Wer Hartz IV ist, zählt in der Gesellschaft nichts!“, lautet ein Satz, den wir so oder ähnlich immer zu hören bekamen. Hartz IV, das bedeutet staatliche Kontrolle des gesamten Alltagslebens. Eigentum, Schonvermögen, Größe der Wohnung, Formen des Zusammenlebens, Kindererziehung und selbst der Umfang eines Geburtstagsgeschenks – alles kann zum Gegenstand staatlicher Aufsicht und Reglementierung werden. Finanzen, Wohnverhältnisse und Lebensweise werden für die kontrollierende Instanz transparent. Wer so leben

muss, der steht beständig unter dem Generalverdacht, die Gesellschaft als „Schmarotzer“ zu belasten. Eine Konsequenz dieses Regimes ist eine Grundhaltung von Betroffenen, die als Reaktion auf gesellschaftliche Missachtung und verweigerte Anerkennung zum Rückzug aus sozialen Netzen, Freundeskreisen, zu Einkapselung oder zum Aufrechterhalten von Fassaden führt, die mit dem wirklichen Leben längst nichts mehr gemein hat.

Dieser Status des Nicht-Respektiertseins beruht auf einem elementaren Konstruktionsfehler der Hartz-Reformen. Arbeitslosen, von denen man ein quasi-unternehmerisches Verhältnis zu ihrem eigenen Arbeitsvermögen erwartet, werden zugleich jene Ressourcen entzogen, die ein solch rational-kalkulierendes Denken überhaupt erst ermöglichen würden. Denn ohne ein Minimum an Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit kein längerfristiges Zukunftsbewusstsein und ohne Zukunftsbewusstsein kein unternehmerisches Denken. Um diesen Widerspruch staatlich „bearbeiten“ zu können, wird der offizielle Appell an die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Arbeitslosen mit einer rigiden bürokratischen Kontrolle des gesamten Lebenszusammenhangs der Leistungsbezieher kombiniert.

Ein solcher Status schreckt vor allem diejenigen ab, die sich noch in regulärer Arbeit befinden. Wer die Chance dazu hat, unternimmt alles, um Hartz IV zu vermeiden. Exakt das ist gemeint, wenn von wachsender Konzessionsbereitschaft und sinkender Beschäftigungsschwelle die Rede ist. Nicht die Arbeitslosen werden „arbeitswilliger“; vielmehr wächst auch und gerade bei den Noch-Beschäftigten die Bereitschaft, niedrig entlohnte, unsichere, starke belastende Jobs anzunehmen. Die Unternehmen nutzen diese Motivation bereitwillig für Flexibilisierungsstrategien, die de facto zwei Klassen von Lohnabhängigen schaffen. Ohne die Hartz-Reformen wäre z. B. die strategische Nutzung von Leiharbeit, wie sie inzwischen von stilbildenden Unternehmen praktiziert wird, nicht möglich. Strategische Nutzung bedeutet, dass die Leiharbeiter bei laufender Konjunktur dauerhaft im Betrieb sind. Sie machen die gleichen Arbeiten wie die Stammbeschäftigten, das jedoch im Durchschnitt für 30 bis 50 Prozent weniger Lohn. Wie die Krise gezeigt hat, ist der Kündigungsschutz

für diese Gruppen im Grunde außer Kraft gesetzt. Die entleihenden Unternehmen sparen Entlassungskosten und die großen Zeitarbeitsfirmen verzeichnen exorbitante Gewinne auf Kosten prekär beschäftigter „Arbeitnehmer zweiter Klasse“.²⁰

Die weniger als drei Prozent Leiharbeiter unter den Erwerbstätigen sind indessen nur die Spitze eines Eisbergs. Im prekären Beschäftigungssektor haben sich – empirisch nachweisbar – andere Regulierungsformen von Sozial- und Arbeitsbeziehungen durchgesetzt als in den durch Tarifverträge und Mitbestimmung noch einigermaßen geschützten Bereichen. In diesem Sektor herrscht ein Klima, das durch „Repression und Angst“ geprägt wird. Solch bedrückende Verhältnisse entwickeln sich jedoch überwiegend im Verborgenen, weil die Beschäftigten selbst nicht an die Öffentlichkeit gehen, um negative Konsequenzen für ihr – belastendes, aber doch existentiell notwendiges – Arbeitsverhältnis zu vermeiden.²¹

Ohne die abschreckende Wirkung von Hartz IV wäre die rasche Expansion einer solchen Zone der Verwundbarkeit kaum möglich gewesen. Eben dies macht den eigentlichen „Erfolg“ der Arbeitsmarktreformen aus. Sie disziplinieren für eine Produktionsweise, in der unternehmerische Flexibilität auf Kosten der Sicherheit und der Lebensqualität nicht nur, aber vor allem der prekär Beschäftigten und Arbeitslosen garantiert wird. Hartz IV ist in diesem Kontext das Symbol für Machtverhältnisse, die eine Festanstellung als Privileg erscheinen lassen. Was die Mehrzahl der Prekarisierten mit aller Energie anstrebt, suchen die „Normalarbeiter“ mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Auf diese Weise verstärken die Arbeitsmarktreformen die disziplinierende Kraft unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse und fördern die Produktion gefügiger Lohnabhängiger. Ganz nebenbei gerät ein wichtiges Reformziel unter die Räder. Wenn Qualifizierte in prekäre Jobs drängen und die Vermittler und Fallmanager sich im Interesse vorzeigbarer Vermittlungsquoten auf die noch einigermaßen agilen „Kunden“ konzentrieren, bleiben genau jene „schwer vermittelbaren Problemgruppen“ (gering Qualifizierte, Behinderte, Kranke, allein erziehende Frauen etc.) auf der Strecke, deren Chancen durch die Arbeitsmarktreformen eigentlich verbessert werden sollten.

Doch ist dies alles unvermeidlich? Ein Blick zu europäischen Nachbarn genügt, um Zweifel zu wecken. Die skandinavischen Staaten waren in den zurückliegenden Dekaden beschäftigungspolitisch weitaus erfolgreicher, ohne Niedriglohnbeschäftigung und diskriminierende Prekarität auszuweiten.²² Es sind allerdings nicht diese Beispiele, sondern die politischen Folgekosten der Hartz-Reformen, die auch hierzulande wohl allmählich ein Umdenken einleiten. Schon die Befürchtung, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf Hartz-IV-Niveau und damit unter die Schwelle des Respekts sinken zu können, hat Statusängste freigesetzt, die bis tief in die gesellschaftliche Mitte reichen. Dafür, dass sie diese Verwerfungen als Regierungspartei ignorierte, musste vor allem die Sozialdemokratie „zahlen“. In Gestalt der Linkspartei sieht sie sich inzwischen mit einer in den Parlamenten etablierten Konkurrenz konfrontiert. Statusängste und verletztes Gerechtigkeitsempfinden, wie sie in den Erhebungen zu menscheinföndlichen Orientierungen immer wieder nachgewiesen wurden, betreffen indessen die Glaubwürdigkeit der gesamten politischen Klasse. Wer unter die Schwelle des Respekts gedrängt wird, fühlt sich ohnmächtig. Verletztes Gerechtigkeitsempfinden sucht sich dann leicht in Ressentiments und Gewaltphantasien ein Ventil. Daher sollte man sich von der scheinbaren Ruhe im Land nicht täuschen lassen. Verdrängte Wut und Empörung erzeugen letztlich nicht nur Legitimationsprobleme des Kapitalismus, sondern möglicherweise auch der Demokratie. Deshalb genügt es nicht, wenn Spitzenpolitiker aus unterschiedlichen Parteien – wohl auch in Anbetracht der für verfassungswidrig erklärten Regelsätze sowie der erwiesenen wirtschaftlichen Dysfunktionalität prekärer Beschäftigung – nach und nach von Hartz IV abrücken. Eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I oder höhere Regelsätze für die Kinder von Langzeitarbeitslosen mögen die Härten des Regimes etwas mildern. Einen grundlegenden Kurswechsel bedeuten sie nicht. Doch ein solcher Kurswechsel, eine nachhaltige Politik der Entprekarisierung, steht an, wenn der rabiate „Hartz-Kapitalismus“ nicht als unabänderliches Schicksal akzeptieren werden soll. Ein Sanktionsmoratorium, d. h. ein sofortiges Aussetzen der mit Hartz IV verbundenen Pressionen, wäre ein erster überprüfbarer Schritt hin zu einem alternativen Arbeitsmarktregime und damit auch zu mehr Glaubwürdigkeit der Politik.

-
- ¹ Für Hinweise und Daten Danke ich Melanie Booth und Karin Scherschel. Soweit nicht anders ausgewiesen, werden offizielle Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) genutzt.
- ² Sennett, R., *Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2007, Berlin Verlag, 27.
- ³ Streeck, W., *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford 2009: Oxford University Press, 235 ff.
- ⁴ Böhmer, W., *Mehr Arbeitsplätze durch die Hartz-Reformen? Die arbeitsmarktpolitische Situation in Sachsen-Anhalt*, in: Baumeister, H./Gransee, U./Zimmermann, K. D. (Hg.), *Die „Hartz-Reformen“. Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen. Ein Projekt der Arbeitnehmerkammer Bremen und des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*, Hamburg 2005, 81-87, hier: 81.
- ⁵ Ebd.: 83 f.
- ⁶ So kamen 2004 z. B. in Sachsen-Anhalt im Schnitt 58 Bewerber auf eine offene Stelle, in Bremen lag das Verhältnis bei 1:28, in Niedersachsen immerhin noch bei 1:21. Vgl. Baumeister, H./Gransee, U./Zimmermann, K. D. (Hg.), *Die „Hartz-Reformen“. Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen. Ein Projekt der Arbeitnehmerkammer Bremen und des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*. Hamburg 2005, VSA, 14.
- ⁷ IWH 2005 Beschäftigungsprognose Ostdeutschland. Zitiert nach TLZ, 21. Dezember 2005.
- ⁸ Astheimer, S., *Beschäftigt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 30. Juli 2010, 9.
- ⁹ Statistisches Bundesamt, *Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 19. August 2009 in Frankfurt a. M. Wiesbaden, 2009, 7*. Vgl. auch: Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): *Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*. Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- ¹⁰ Statistisches Bundesamt 2009, S. 26.
- ¹¹ Statistisches Bundesamt 2009.
- ¹² Aufstocker im Sinne der BA sind Personen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld Transfers aus der Grundsicherung benötigen. Hier wird der Begriff, wie in der Debatte üblich, weiter gefasst und auf Beschäftigte angewandt, deren Löhne nicht existenzsichernd sind.
- ¹³ Bruckmeier, K./Graf, T./Rudolph, H., *Aufstocker – bedürftig trotz Arbeit. Erwerbstätige Leistungsbezieher im SGB II*, IAB-Kurzbericht 22/2007.
- ¹⁴ Siehe: Castel, R./Dörre, K., *Einleitung*, in: Castel, R./Dörre, K., *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung – Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 2009 [u.a.]: Campus, 11-18.
- ¹⁵ Statistisches Bundesamt, 19. August 2009, a.a.O.
- ¹⁶ Niedriglöhne kosten 50 Milliarden. Frankfurter Rundschau vom 12. August 2010, 1.
- ¹⁷ Lutz, B., *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a. M./New York 1984, Campus, 186.
- ¹⁸ Dörre, K., *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus*, in: Vgl.: Dörre, K., Lessenich, S., Rosa, H., *Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 21-86.
- ¹⁹ Bescherer, P./Röbenack, S./Schierhorn, K., »Nach Hartz IV. Erwerbsorientierungen von Arbeitslosen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58 (33/34), 2008, 19-24; Scherschel, Karin; Booth, Melanie; Schierhorn, Karen (2010): *Wem hilft das Jobben bei der Tafel?* In: Lorenz, Stepahn (Hrsg.): *TafelGesellschaft. Zum neuen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung*. Bielefeld: Transcript, S. 115-127.
- Holst, H./Nachtwey, O./Dörre, K., *Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen*. OBS-Arbeitsheft 61. Berlin 2009.
- ²¹ Artus, I./Böhm, S./Lücking, S./Trinczek, R., *Jenseits der Mitbestimmung. Interessenhandeln in Betrieben ohne Betriebsrat*, Frankfurt a. M./New York 2009, Campus.
- ²² Paugam, S., *Die Herausforderung der organischen Solidarität durch die Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung*, in: Castel, R. Dörre, K. (Hg.) (2009), a.a.O, 175-196.